DIE LINKE.

AUSGABE 12/2017

Spende erbeten!

SAALE-UNSTRUT-ELSTER-KURIER

Herausgeber: Kreisvorstand DIE LINKE.Burgenlandkreis

Sie finden:

Parlamentarische Initiativen	2
Auf geht´s an die Arbeit	3
Gesammeltes	5
Politische Bildung	6
Harald Wolf kommissarische Bundesgeschäftsführung	*8*
Nach der Wahl….	9
Finanzminister Schröder	*10*
KiFöG-Bluff	*11*
Termine	12

Gedanken zum Jahreswechsel

Dezember—der letzte Monate im Jahr. In meinen Gedanken lasse ich oft dieses Jahr Revue´ passieren und muss feststellen—es war wieder ein turbulentes Jahr. Bundestagswahl und Bürgermeisterwahlen, parteiinterne Wahlen und Entscheidungen hielten uns ganz schön in Action. Erneut habe ich mich gefreut, dass auf unsere aktiven Genossinnen und Genossen eine hohe Verlässlichkeit besteht. Das ist die Grundlage für politisches Handeln überhaupt und dafür möchte ich Euch allen von ganzem Herzen Danke sage—Danke für die aktive Beteiligung an den Wahlen, Danke für die schönen Veranstaltungen in diesem Jahr—wie den Neujahrsempfang, das Lesen wieder das Vergessen, das Sommerfest und die Mandatsträgertreffen. Danke für die gute Zusammenarbeit und auf Eure Verlässlichkeit.

Ich hoffe für uns alle, dass wir das Neue Jahr nicht mit Neuwahlen beginnen müssen und im nächsten Jahr ganz bewusst schon Entscheidungen treffen können für die bevorstehenden Kommunalwahlen 2019.

Wenn uns bewusst wird,
dass die Zeit, die wir uns
für einen anderen Menschen
nehmen, das Kostbarste ist,
was wir schenken können,
haben wir den Sinn der
Weihnacht verstanden.

Ich wünsche allen Genossinnen und Genossen, allen Sympathisantinnen und Sympathisanten, allen Freunden und Bekannten eine schöne Adventszeit und friedliche, besinnliche Weihnachtstage in Ruhe und Gelassenheit.

Für das Neue Jahr wünsche ich Allen viel Kraft für neue Aufgaben, persönliches Glück und vor allem die Gesundheit, die jeder Mensch braucht um seine Ziele auch verfolgen zu können.

Katja Bahlmann—Kreisvorsitzende

Impressum

Kreisvorstand
DIE LINKE. Burgenlandkreis,
Vors.Katja Bahlmann

Postfach 1565
06605 Naumburg

Tel: 03445/261233
Fax: 03445/261324

Im Netz unter:
www.dielinke-blk.de

Mail :

kv-blk@dielinke-lsa.de

Spendenkonto:

Bitte teiefonisch erfragen!

Alle namentlich gekennzeichneten Beiträge sind nicht immer Meinung der Redaktion. Redaktionsschluss ist der 15. eines jeweiligen Monats. Zuarbeiten sind bis zum 12. eines jeden Monats bei der Redaktion (Reinhard Weber) abzugeben.

V.i.S.d.P.:
Katja Bahlmann
Kreisvorsitzende

Parlamentarische Initiativen zur 17. Sitzungsperiode des Landtages

Antrag: Missbilligung der Ministerin für Justiz und Gleichstellung (Drs. 7/1986)

Mit ihrem Antrag zielt die Fraktion DIE LINKE darauf ab, die unzureichende und mangelnde Informations- und Auskunftserteilung durch die Ministerin für Justiz und Gleichstellung gegenüber dem Landtag hinsichtlich der Einstellung der Ermittlungen im Verfahren Oury Jalloh zu missbilligen. Zudem wird die Landesregierung aufgefordert, zukünftig dem Gebot einer vollständigen Information des Landtages gemäß Artikel 53 der Landesverfassung nachzukommen.

Zum Hintergrund: Sowohl in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Henriette Quade und Eva von Angern zum Todesermittlungsverfahren im Fall Oury Jalloh als auch in der Plenardebatte vom 28. September zum Antrag der Fraktion DIE LINKE ‚Aufklärung im Todesermittlungverfahren muss vorangetrieben werden' erweckte Justizministerin Keding den Eindruck, dass das Verfahren noch läuft und die Ergebnisse offen sind. Wie aus einem Fax der Staatsanwaltschaft an die Nebenklage hervorgeht, hatte die Staatsanwaltschaft zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits entschieden, dass das Verfahren eingestellt werden soll. In beiden Fällen hat also die Ministerin das Parlament und die Öffentlichkeit über den tatsächlichen Stand des Verfahrens getäuscht und wider besseres Wissens vorenthalten, dass die Staatsanwaltschaft das Verfahren abgeschlossen hat bzw. abschließen wird.

Antrag: Hände weg vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Drs. 7/1985)

Staatsminister Robra forderte jüngst einen radikalen Umbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Das ZDF würde als nationaler Sender ausreichen. Die ARD solle künftig als „Schaufenster der Regionen" fungieren und seinen Anspruch als nationalen Sender aufgeben. Die Fraktion DIE LINKE meint, dass die Äußerungen des Staatsministers das hohe Gut des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und damit der demokratischen Meinungsbildung gefährden. ARD und ZDF haben den Auftrag, möglichst allen eine hohe Qualität in Fernsehen, Radio und Internet zu bieten. Im Zuge der Digitalisierung nehmen immer mehr Menschen Medienangebote im Netz wahr. An dieser Stelle hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Aufgabe, relevante journalistische Angebote, unabhängig von kommerziellen und politischen Interessen, einzubringen. Mit ihrem Antrag fordert die Fraktion DIE LINKE den Landtag daher auf, jegliche Absichten, das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem bestehend aus ARD, ZDF und Deutschlandradio infrage zu stellen, abzulehnen und seine bisherigen Beschlüsse zur Sicherung und Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu bekräftigen. Darüber hinaus soll sich der Landtag zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bekennen, die insbesondere den Herausforderungen der Digitalisierung Rechnung tragen muss. Zudem soll der Landtag die außerordentliche Bedeutung der Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unterstreichen, die u. a. beinhaltet, dass auch künftig die Höhe des Rundfunkbeitrages von einer staatsfernen unabhängigen Kommission (KEF) ermittelt wird.

Änderungsantrag zum Entwurf eines vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt

Als Antwort auf die dürftige Schulgesetznovelle der Landesregierung hat die Fraktion Die LINKE eigene Vorschläge für ein besseres Schulsystem entwickelt und bringt parallel zur Einbringung des Gesetzentwurfes der Landesregierung einen umfassenden Änderungsantrag zur Schulgesetznovelle in den Landtag ein.

Wesentliche Punkte sind:

- Zulassung von Seiteneinsteigern zum beamtenrechtlichen Vorbereitungsdienst unabhängig von der Anzahl der nachgewiesenen Fächer zur besseren Lehrkräftegewinnung
- Verankerung der Schulsozialarbeit im Schulgesetz als Daueraufgabe des Landes.
- Sicherung der verlässlichen Öffnungszeit an den Grundschulen.
- Streichung des von der Landesregierung vorgesehenen Zwangs, in den Grundschulen nicht nur in der flexiblen Schuleingangsphase (Schuljahrgänge 1 und 2) sondern künftig auch in den Schuljahrgängen 3 und 4 jahrgangsübergreifend unterrichten zu müssen.
- Schaffung von Grundlagen für eine durchgreifende polytechnische Grundbildung für Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen und Gesamtschulen.
- Forderung nach schulgesetzliche Regelungen zur Sicherung der Fremdsprachenausbildung an den weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I
- Gewährleistung des durch die UN-Behindertenkonvention normierten Rechts auf den gemeinsamen Unterricht von Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen

Streichung des Schulverweigerns aus dem Katalog der Ordnungswidrigkeiten

Auf geht´s an die Arbeit!

Zu Beginn des Monats Oktober hieß die Tagesaufgabe des Wahlkreisteams der beiden neuen Abgeordneten unseres Kreisverbandes – Katja Bahlmann und Birke Bull-Bischoff: Was wollen wir im kommenden Jahr anpacken? Viele Fragen und Probleme von Bürger*innen werden auf uns einstürmen, viele andere Akteur*innen hier im Burgenlandkreis werden mit uns das Gespräch suchen und auch Aufgaben der kommunalen Politik gilt es zu unterstützen. Aber wir wollen auch eigene Akzente setzen. Akzente, die uns als LINKE erkennbar machen und das Interesse an unserer Partei und ihrer Politik wecken könnten. Im kommenden Jahr werden wir die Kommunalwahlen vorbereiten. Wichtig waren uns die Fragen, was passt zu uns, zur LINKEN im Burgenlandkreis, womit können wir Aufmerksamkeit gewinnen?

Fünf Schwerpunkte schlagen wir euch vor, an denen wir gemeinsam arbeiten wollen, für die wir konkrete Vorschläge und Konzepte vorlegen wollen.

Zum ersten: Der Burgenlandkreis ist eine interessante und gut bestellte Bildungslandschaft. Für uns ist dabei maßgeblich, wie es gelingen kann, dass alle Kinder diese Angebote gewinnbringend nutzen können. Chancengleichheit ist unser Stichwort. Zum Beispiel polytechnische Bildung ist ein gutes Konzept, allen Kindern einen erfolgreichen Weg in die Berufsausbildung zu ermöglichen.

Zum Zweiten: Der Burgenlandkreis hat eine reichhaltige und gleichzeitig regional unterschiedliche Kulturlandschaft. Was also hätte DIE LINKE hier im Kreis beizutragen, um die Kultur in unserem Kreis nach vorn zu bringen, zu profilieren, wie man so schön sagt.

Zum Dritten: Die Zukunft der Braunkohle wird für unseren Landkreis zur Herausforderung, das zeigen die Verhandlungen auf Bundesebene bereits jetzt. Vor allem für die Beschäftigten selbst, aber auch für die Regionen, die davon geprägt sind. Hier muss vorgedacht werden. Welche Vorschläge hat DIE LINKE, um den langfristigen Umbauprozess so zu gestalten, dass es eine gute Zukunft für die Region und ihre Bürger*innen gibt. Eine schwierige Aufgabe, der wir uns aber stellen müssen.

Zum Vierten: Wir wollen eine flächendeckende Breitbandversorgung hier in der Region, für Menschen in den ländlichen Gebieten, für Unternehmen, für alle, die davon profitieren können. Hier wollen wir unsere Vorschläge erarbeiten, wie wir im Kreis vorankommen können.

Zum Fünften: Menschen, die in finanziell schwierigen Verhältnissen leben müssen, brauchen unsere Unterstützung. Beim Zugang zu Bildung und Kultur, vor allem aber beim Zugang zum Öffentlichen Personennahverkehr. Es geht um Mobilität für alle Menschen. Wir wollen gemeinsam mit der Kreistagsfraktion ein Konzept vorlegen für ein Sozialticket.

Damit sind fünf Aufgaben beschrieben, die wir – DIE LINKE im Burgenlandkreis – gemeinsam bewältigen wollen. Es sind Vorschläge, über die wir **reden und letztlich entscheiden wollen**. Vielleicht gibt es ja noch mehr Ideen. Schließlich wollen wir zu den Kommunalwahlen gewinnen und das geht nur gemeinsam, mit einem attraktiven Angebot an Wähler*innen!

Von Birke Bull-Bischoff

Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Kinderbetreuung—Bündelung auf Landkreisebene ist zulässig

Das Bundesverfassungsgericht betätigt mit seinem heutigen Urteil, dass eine Aufgabenzuständigkeit der Landkreise in Fragen der Kinderbetreuung zulässig ist und nicht gegen das kommunale Selbstverwaltungsrecht verstößt. Dazu erklärt die kinder- und familienpolitische Sprecherin Monika Hohmann:

»Die LINKE hat bereits im Sommer dieses Jahres einen eigenen Gesetzentwurf zur Änderung des Kinderförderungsgesetzes in den Landtag eingebracht. Mit diesem wollen wir die Zuständigkeiten auf der Landkreisebene bündeln, was nach dem heutigen Urteil verfassungskonform ist.

Daneben wollen wir das Finanzierungssystem vereinfachen und transparenter gestalten. Zukünftig sollen nur noch Land, Landkreise und Eltern zur Finanzierung beitragen, die Gemeinden werden von ihrem Defizit entlastet und damit freien Trägern gleichgestellt. Zentrale Schaltstelle werden die Jugendämter der Landkreise.

Wir wollen weg von den nur noch historisch begründbaren Kindpauschalen hin zu einer Finanzierung auf Basis der tatsächlichen Personalkosten. Durch die Einführung von Prozentanteilen schaffen wir die gesetzliche Grundlage, schrittweise die Elternbeiträge abzuschaffen. Diese Möglichkeit existiert bisher nicht.

Es bleibt zu hoffen, dass die Landesregierung und die Koalition einsichtig sind und im nächsten Jahr im Rahmen der großen Novelle des Kinderförderungsgesetzes Schritte in diese Richtung gehen werden.«

Nachtragshaushalt im Land abgelehnt

Der von der LINKEN vorgeschlagene Nachtragshaushalt für Sachsen-Anhalt mit:

350 Mio. Investition für öffentliche Daseinsvorsorge

100 Mio. für Bildung

50 Mio. für Kinderbetreuung

10 Mio. für gute Arbeit

5 Mio. zur Stärkung der Kinder– und Jugendarbeit

wurde von der Koalitionsfraktion abgelehnt. Die 236 Mio. Zusatzeinnahmen aus Steuern sollen zur Tilgung von Schulden eingesetzt werden—wo bleiben da die Bürgerinnen und Bürger?

Paradise Papers: Deutsche Banken im Casino - LINKE fordert Aufklärung und Gesetzesverschärfungen

Laut Paradise Papers-Enthüllungen machen mehrere deutsche Banken wie die DZ-Bank, die Postbank und die Hypovereinsbank Geschäfte mit illegalen Internet-Casinos und begehen dabei systematischen Gesetzesbruch. Dazu erklärt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE:
Wir brauchen dringend Aufklärung darüber, wie weit deutsche Banken systematischen Gesetzesbruch begehen, wie es aus den "Paradise Papers" hervorgeht. Doch bei dem jetzigen Tempo der Jamaika-Sondierungen können noch Wochen oder gar Monate vergehen, bis es eine handlungsfähige Bundesregierung geben wird.
So lange können und dürfen wir nicht warten, wir brauchen schnelle Aufklärung. Der Bundestag und die geschäftsführende Bundesregierung, insbesondere der geschäftsführende Finanzminister Peter Altmaier müssen umgehend handeln und die kriminellen Verstrickungen deutscher Banken untersuchen. Und auch der ehemalige Finanzminister Wolfgang Schäuble muss jetzt dazu beitragen. Er war bisher Bremser jeglicher Aufklärung und Schutzmacht der Steuertrickser.

Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, erklärt**:**
Die Banken lassen die Finger nicht vom Glücksspiel - trotz "rien ne va plus" in der Finanzkrise. Fast jeden Tag kommen neue Skandale an Licht, die zeigen, dass weder Banken strenger reguliert und kontrolliert noch Steueroasen trockengelegt worden sind. Nach jeder Enthüllung versprechen die politisch Verantwortlichen Maßnahmen, doch nichts passiert.
Banken, die wiederholt gegen Gesetze verstoßen und Beihilfe zu Steuerbetrug und Steuerflucht leisten, muss die Lizenz entzogen werden. Gelder am Finanzamt vorbei in Steueroasen zu schleusen, ist kein legitimes Geschäftsmodell.
Die Jamaika-Parteien müssen sich klar im Koalitionsvertrag bekennen, was sie gegen die Missstände tun werden. Konzepte, wie Steuerhinterziehung und Steuervermeidung wirksamer bekämpft werden können, liegen seit Jahren auf dem Tisch. Wir brauchen ein einsehbares Transparenzregister, ein weitgehendes Verbot von Geschäften in Steueroasen, Strafsteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen und zur Durchsetzung eine handlungsfähige Finanzpolizei.

Falsche Richtungsentscheidungen

Zur Sitzung des Europäischen Rates am 19. und 20. Oktober 2017 erklärt der Präsident der Europäischen Linken, Gregor Gysi:
Der Europäische Rat hat in seiner Tagung erneut die Chance vertan, den Europäerinnen und Europäern gemeinsame wirtschaftliche, soziale und ökologisch nachhaltige Perspektiven zu geben. Während in militärischen und Rüstungsfragen die Zusammenarbeit läuft, bleibt es in den sozialen, ökologischen und Wirtschaftsfragen bei vagen Absichtserklärungen. Völlig außen vor blieb die aktuelle Situation in Katalonien, bei der die EU eine Vermittlerrolle einnehmen müsste, um endlich einen Dialog in Gang zu bringen. Die am Rande des Gipfels geäußerte einseitige Unterstützung für die spanische Regierung sorgt nicht für die dafür notwendige Deeskalation. Angesichts der weiteren Zuspitzung in diesem Konflikt stellt sich der Rat mit seiner Ignoranz als Institution selbst in Frage.
Gleichzeitig wird ein gemeinsames Asylsystem diskutiert und Libyen soll mit seinen Milizen und Warlords zum nächsten Bollwerk gegen die Fluchtbewegung gemacht werden, während die EU-Staaten für die Bekämpfung von Fluchtursachen bisher kümmerliche 175 Millionen Euro zur Verfügung stellen wollen. Einmal mehr scheut die EU damit nach der Türkei nun mit Libyen nicht das Bündnis mit zweifelhaften Machthabern, um ihre Abschottungsphantasien umzusetzen. Doch mit der Schließung von Fluchtrouten wird kein Problem gelöst, keine Fluchtursache wirksam bekämpft. Das ist der falsche Weg, der mit FRONTEX schon seit vielen Jahren beschritten wird. Das Asylrecht erhalten, legale Möglichkeiten schaffen, um es überhaupt wahrnehmen zu können, und gleichzeitig wirtschaftliche, ökologische und soziale Fluchtursachenbekämpfung wären dagegen die einzigen Ansatzpunkte.

Der Vertrag von Maastricht—Einstieg in die Europäische Union—Zur Geschichte der Europäischen Union

Politische Bildung, Teil 45

Von Winfried Steffen

Am 2. Dezember 1992 ratifizierte der Deutsche Bundestag den am 7. Februar unterzeichneten Vertrag von Maastricht.

Der Vertrag war das Ergebnis langjähriger innerer Entwicklungen. Im Inneren verfolgten die Mitgliedsstaaten vorrangig das Ziel, die bisher erreichten Fortschritte wie beispielsweise die Verwirklichung des Binnenmarktes, zu sichern und darauf aufzubauen. Außenpolitisch hatte das Wegbrechen des Staatssozialismus in Ost– und Südeuropa, insbesondere die Wiederherstellung der einheitlichen deutschen Staatlichkeit, eine Stärkung der internationalen Position der bisherigen Europäischen Gemeinschaft (EG) bewirkt. Die bedeutendsten Initiatoren dieses Integrationsprozesses waren schon seit 1990 die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Unter Führung des EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors, des Bundeskanzler Helmut Kohl und des französischen Präsidenten Francois Mitterand kamen intensive Verhandlungsprozesse in Gang, die in eine Vertiefung der europäischen Integration mündete und den rein wirtschaftlichen Charakter erweiterte. Am 15. Dezember 1990 war die Serie der Regierungskonferenzen zur vertraglichen Fortentwicklung der EG eingeleitet worden. In den folgenden zwölf Monaten wurde das Vertragswerk ausgearbeitet, das die Grundlage für den Vertrag von Maastricht darstellte.

Der Vertrag von Maastricht, der Vertrag über die Europäische Union, basierte auf drei Säulen: 1. auf der EG, 2. auf gemeinsamer Außen– und Sicherheitspolitik, 3. auf der Zusammenarbeit in Strafsachen. In der ersten Säule waren verschiedene Gemeinschaftsorganisationen zusammengefasst, die an der Schaffung des einheitlichen Wirtschaftsraumes arbeiteten. Dazu hatten beispielsweise die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) gehört; letztere bestand bereits seit den Römischen Verträgen von 1957. Die zweite Säule beinhaltete die Verpflichtung, in der Außen– und Sicherheitspolitik zusammenzuarbeiten, letztlich über den Posten eines europäischen Außenministers. Im Rahmen der dritten Säule wurde u.a. die europäische Polizeibehörde Interpol gegründet, die für eine bessere Koordination der europäischen Behörden sorgen soll.

Es wurde die Unionsbürgerschaft mit direktem Einfluss auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger geschaffen, die jeder Staatsangehörige eines Mitgliedsstaates erhält. Sie ergänzt die jeweilige nationale Staatsangehörigkeit, ohne sie zu ersetzen. Damit sind verschiedene Rechte verbunden und ihr Ziel ist es, das Zugehörigkeitsgefühl zu Europa und der Union zu stärken. Unionsbürger haben das Recht, sich überall in der EU ihren Wohnort zu suchen und zu arbeiten. Außerdem erhalten sie an ihrem Wohnsitz sowohl aktives als auch passives Wahlrecht zu Kommunalwahlen und Europawahlen. Ist der Heimatstaat eines Unionsbürgers in einem bestimmten Nicht-EU-Land nicht vertreten, so genießt er diplomatischen Schutz durch einen vertretenen EU-Staat. Außerdem hat jeder Bürger der Europäischen Union das Recht, sich mit Petitionen an das Europäische Parlament oder mit Beschwerden an den Bürgerbeauftragten zu wenden.

Durch den Vertrag von Maastricht wurde das Europäische Parlament gestärkt und erhielt weitere Befugnisse. Das sogenannte Sozialprotokoll, an dem sich Großbritannien nicht beteiligte, ist ein Abkommen zu einer gemeinsamen Zuständigkeit für sozialpolitische Themen, beispielsweise die Verbesserung der Lebens– und Arbeitsbedingungen.

Nach der Vertragsunterzeichnung kam es teilweise zu heftigen Diskussionen in den Mitgliedsstaaten. Deutsche fürchteten um die D-Mark, um bürokratische Strukturen und um die Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz der BRD. Entsprechende Klagen wies das Bundesverfassungsgericht zurück. In Großbritannien wurde die Gemeinschaft kritisch gesehen. In mehreren Ländern, zum Beispiel in Dänemark, gab es Gegner, denen der Maastrichter Vertrag zu weit ging, andere hatten

mehr erhofft. Eine Volksabstimmung in Irland ergab große Zustimmung. In Frankreich entschied sich nur eine knappe Mehrheit für den Maastrichter Vertrag.

Der Europäische Binnenmarkt der 12 EG-Staaten trat mit dem Jahresbeginn 1993 in Kraft. Diese Staaten waren Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Spanien. Von diesem Zeitpunkt an bestand für 340 Millionen EU-Bürger praktisch Freizügigkeit in Europa, d.h. jeder kann sich überall niederlassen sofern er Vermögen hat und krankenversichert ist. Grenzkontrollen bei Personen und Waren beziehen sich auf Stichproben. Grenzüberschreitende Dienstleistungen und Kapitalflüsse waren nunmehr möglich.

Am 1. November 1993 trat der Vertrag von Maastricht insgesamt in Kraft. Damit wurde nunmehr offiziell die Europäische Union gegründet.

Die wichtigsten Organe der EU sind der Europäische Rat (Regierungschefs und der Präsident der Europäischen Kommission, die Europäische Kommission, die Europäischen Kommissare und der Ministerrat, das Europäische Parlament, die Europäische Zentralbank EZB).

1995 konstituierte sich der Europäische Wirtschaftsraum EWR). Er umfasste neben den EU-Ländern auch Staaten der EFTA (Europäische Freihandeslzone) wie Finnland, Österreich und Schweden, die 1995 der EU beitraten. Am 1. Juni 1999 wurde mit elf Staaten die Wirtschafts– und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung eingeführt (ohne Dänemark, Griechenland, Großbritannien und Schweden), für den öffentlichen Verkehr ab 1. Januar 2002.

Mit dem Jahresbeginn 2004 erfolgte die Erweiterung der EU um Estland, Polen, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn, Zypern, Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und die Slowakei. Seit 1999 gilt die Türkei als Beitrittskandidat.

Zum Europäischen Rat treffen sich in der Regel halbjährlich die Regierungs– und Staatschefs der Mitgliedsländer, um die politischen Leitlinien zu vereinbaren. In diesem Rat sind die Regierungen der Mitglieder durch je einen Minister vertreten. In turnusmäßigem Wechsel übernimmt jeder Mitgliedsstaat für die Dauer von sechs Monaten den Vorsitz.—Die Exekutive der EU, die Europäische Kommission, - bestehend aus für fünf Jahre ernannte Mitglieder—hat die Aufgabe, die Durchführung der Vertragsbestimmungen zu überwachen und Berichte über die Wirtschaftslage der Mitgliedsstaaten zu veröffentlichen und dem Rat und dem Europäischen Parlament Vorschläge für Maßnahmen der EU zu unterbreiten.

Seit 1979 werden die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes in den Mitgliedsländern direkt gewählt. Das Parlament hat ein Zustimmungsrecht bei Beitrittsbeschlüssen und bei Assoziierungsverträgen. Die politische Arbeit wird durch die Fraktionen bestimmt, die sich nach parteipolitischer Orientierung und nicht nach nationaler Herkunft zusammensetzen.

Die Europäische Union stellt eine unersetzbare historische Errungenschaft dar—trotz der vielfältigen Mängel. Zuvor gingen von Europa ständig Kriege und damit verbundene Menschheitskatastrophen aus, darunter beide Weltkriege. Insofern gibt es zur EU, die mit dem Friedensnobelpreis bedacht wurde, keine Alternative und ist gegen alle Attacken—besonders seitens der Rechtsextremisten und Neofaschisten—konsequent zu verteidigen.

Die EU ist von der Art ihrer Gründung und Strukturierung behafteten Mängel belastet. Ihr Wesen wird primär vom Konzept des Neoliberalismus gekennzeichnet. Sie ist vorrangig die Union der Banken und großen Monopole und zu wenig eine Union der Völker. Die EU begann als Währungs– und mit Abstand als Wirtschaftsunion. Ganz und gar unzureichend ist das Gestalten als Sozialunion. Zu gravierend sind die Unterschiede der sozialen Verhältnisse im Vergleich von hoch entwickelten und weniger entwickelten Ländern. Ganz offenkundig wurde dieses Problem im Zuge der großen EU-Erweiterung 2006, als die früher sozialistischen Staaten Ost– und Südeuropas in die Union aufgenommen wurden. Tempo hatte wegen der Profilierung westlicher Politiker Vorrang vor Gestaltung eines angemessenen Prozesses des Schaffens erforderlicher wirtschaftlicher und noch mehr sozialer Parameter für eine ausgeglichene Entwicklung der

Europäischen Union als Ganzes. Davon zeugte auch die Krise um die Finanzen Griechenlands, deren Folgen zu Lasten der EU-Bürger gelöst werden.

Gegenwärtig wird die Europäische Union durch einige Krisenerscheinungen erschüttert. Tiefgreifend ist der Brexit, das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU. Besonders davon sind all jene Unternehmen betroffen, die ihre Erzeugnisse vorrangig nach dort exportieren. Das betrifft namentlich mittelständische Betriebe in den neuen Bundesländern.

Der Flüchtlingszustrom belastet die EU-Mitgliedsländer. Einige sperren sich grundsätzlich gegen die Aufnahme und gefährden damit das Prinzip der Solidarität innerhalb der EU. Rechtsextremisten, Populisten und Nationalisten stellen das Wirken der EU infrage bis hin zu Ansinnen, die EU zu verlassen. Separatisten in Katalonien und auch andernorts belasten die EU. Einen unberechenbaren Faktor für die EU stellt auch die Politik von US-Präsident Trump dar.—Die gegen Russland gerichteten Wirtschaftssanktionen bilden ein schweres Hindernis für gedeihliche Beziehungen in diesem bedeutenden Land und sind einem gesunden politischen Klima in Europa und darüber hinaus überaus hinderlich.

In internationaler Hinsicht bedarf es einer starken Europäischen Union, die effektiv wirtschaftlich zu konkurrieren vermag gegenüber den anderen großen Akteuren wie USA, Japan, China und en aufkommenden Schwellenländern wie Brasilien und Indien. In ihrem Innern muss die EU gestärkt werden durch eine schrittweise zu vollziehende Demokratisierung, damit sie zu einer Union der Völker wird, damit sie von ihren Bürgerinnen und Bürgern als vertrauensvoll bewertet wird, als unabdingbar erforderlich.

Was die Bürgerinnen und Bürger der EU nicht brauchen, sind eine Europaarmee, Säbelrasseln und Wettrüsten.

Der Autor stützte sich auf: Europas Geschichte , Sammelanleitung, Editions Atlas, Teil Vertrag von Maastricht

Harald Wolf für die kommissarische Bundesgeschäftsführung

Matthias Höhn hat heute gegenüber dem Parteivorstand seinen Rücktritt als Bundesgeschäftsführer erklärt. Die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE Katja Kipping und Bernd Riexinger erklären dazu:

Wir bedauern die Entscheidung von Matthias Höhn. Wir hätten uns gewünscht, unsere erfolgreiche Zusammenarbeit fortzuführen und möchten Matthias Höhn für seine Arbeit als Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter in den vergangenen fünfeinhalb Jahren herzlich danken.

Die Bilanz unserer gemeinsamen Arbeit kann sich sehen lassen. Dazu gehören nicht nur der zurückliegende Bundestagswahlkampf mit dem zweitbesten Ergebnis unserer Parteigeschichte, sondern auch die positive Entwicklung der Partei und die erfreuliche Zahl von über 7000 Neumitgliedern allein in diesem Jahr.

DIE LINKE steht als linke Oppositionspartei, die sich in sozialen Konflikten aktiv einmischt, klare linke Alternativen aufzeigt und als Stimme des Ostens auftritt, angesichts des Rechtsrucks, einer möglichen Schwampel-Regierung der Reichen oder möglichen Neuwahlen vor vielfältigen Herausforderungen. Außerdem muss DIE LINKE im nächsten Jahr wichtige Kommunal- und Landtagswahlkämpfe in Hessen und Bayern führen.

Im Sinne dieser Handlungsfähigkeit haben die Parteivorsitzenden in Abstimmung mit dem Geschäftsführenden Parteivorstand eine kommissarische Beauftragung von Harald Wolf mit den Aufgaben der Bundesgeschäftsführung vorgeschlagen. Der entsprechende Beschluss wird in der Beratung des Parteivorstands am morgigen Samstag, 11. November 2017, behandelt.

Harald Wolf verfügt über einen breiten Erfahrungshintergrund auch in Leitungs- und Regierungsfunktionen, über eine ausgewiesene wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz und wird strömungsübergreifend als verbindender Akteur geschätzt.

Nach der Wahl ist vor der Wahl!

Von Gunter Schneider

Gut sechs Wochen ist es nun her, dass die Bundestagswahl stattfand - eine Wahl, die

so manches in der Bundesrepublik Deutschland durcheinander brachte, die das politische Koordinatensystem nach Rechts verschob, bei der die AfD im Osten ihre größten Erfolge feiert. Nun wird diskutiert, analysiert, gemutmaßt, manchmal auch Kaffeesatzleserei betrieben, warum konnte das so kommen ?

Davon bleibt selbstverständlich auch DIE LINKE nicht verschont, sei es nun auf Bundes -, Landes- oder kommunaler Ebene. Ich finde, bei dieser Auseinandersetzung, so kritisch sie auch sein muss, dürfen aber Sachlichkeit, Fairness, gegenseitige Achtung nicht auf der Strecke bleiben – egal auf welcher Ebene. Das ist eine Prämisse, der wir uns alle stellen sollten.

Ich will in diesem Artikel auf ein paar Dinge eingehen, die aus meiner Sicht für die Bewertung unseres Wahlergebnisses notwendig sind.

Es gibt in Sachsen-Anhalt ein deutliches Nord-Süd-Gefälle , dem auch wir uns nicht entziehen konnten. Während sich DIE LINKE im Norden über mehr Stimmen im Vergleich zur letzten Bundestagswahl freuen kann, büßen alle Kreise nach Süden Stimmen ein. Selbst DIE LINKE im Landkreis Mansfeld-Südharz, die in der Vergangenheit immer überdurchschnittliche Ergebnisse erreichte, kann dieser Tendenz nichts entgegensetzen.

Interessant dürfte die Beantwortung der Frage nach den Ursachen dieser Entwicklung sein. Hängt diese Entwicklung mit der Bevölkerungsstruktur, der infrastrukturellen Entwicklung, der Stärke oder Schwäche der agierenden Parteien oder , oder…..zusammen?

Bei den Stimmen für DIE LINKE zeigen sich deutliche Stadt-Land-Unterschiede. In Gemeinden über 100 000 Einwohnern wurde DIE LINKE mit 12,9 % der Zweitstimmen gewählt. Sie war dort – im Verhältnis zum Durchschnitt – erfolgreicher als die anderen Parteien.

Der Wahlkreis 73 ist ein deutlich ländlich strukturierter Wahlkreis, in dem es keine Großstädte gibt, vielmehr kleine Gemeinden. Auch hier spiegelt sich dieser Trend in unserem Wahlergebnis wider. In Städten, die selbst deutlich unter den 100 000 Einwohnern liegen, wie Naumburg, Zeitz, Hohenmölsen, Nebra, Weißenfels, haben wir zum Teil deutlich bessere Ergebnisse erreicht als bei den kleinen Gemeinden Auch hier wäre die Beantwortung der Frage nach den Ursachen dieses Trends interessant.

Deshalb stimme ich all jenen zu, die die Meinung vertreten, wir haben unter diesen Bedingungen ein Wahlergebnis erreicht, das unseren Möglichkeiten entspricht, auch wenn es keine Jubelstürme auslöst. Grundlage dafür war ein guter Wahlkampf. DANKESCHÖN.

Dazu habe ich schon meine Meinung in der ersten Analyse des Wahlkampfes geäußert.

Auf eine Wahrnehmung meinerseits will ich aber gern noch hinweisen, weil sie mir wichtig erscheint, auch bei der Weiterentwicklung des Kreisverbandes. Im Verlaufe des Wahlkampfes, der gewiss nicht einfach war und den Akteuren eine Menge abverlangt hat, habe ich ein engeres Zusammenrücken in den Strukturen unseres Kreisverbandes festgestellt, was sich u.a. in gegenseitiger Hilfe und Unterstützung, sogar in Kooperationen ausdrückte. So haben die Naumburger GenossInnen u.a. im Wethautal und anderen Bereichen geholfen, die Hohenmölsener in Lützen und Teuchern, die Genossinnen und Genossen aus Zeitz, aus dem Droyßig-Zeitzer-Forst haben beim Plakatieren oder Verteilen von Material unterstützt, usw. Das geschah oft im Stillen, ohne dass viel Aufhebens gemacht wurde. Überhaupt - fand ich zumindest - war dieser Wahlkampf von Sachlichkeit, gegenseitiger Achtung, auch von Spaß geprägt. Ich finde, das ist für unseren Kreisverband nicht zu unterschätzen und dieses „zarte Pflänzchen“ sollten wir weiter pflegen, denn die nächsten Wahlen kommen bestimmt.

Zwei Kandidatinnen und Kandidaten für das Bürgermeisteramt wollten jedoch ausdrücklich auf die Hilfe der Gremien unseres Kreisverbandes verzichten. Das ist nicht nur schade, es ging auch noch gründlich schief. Beide zogen daraus ihre Konsequenzen, über die im Kreisverband z.T. heftig diskutiert wird.

Nach der Wahl ist vor der Wahl – in der Tat, 2019 stehen die Kommunalwahlen an. Und die werden im Vergleich zur Bundestagswahl ungleich komplizierter, geht es doch hier neben bundespolitischen und landespolitischen Themen vor allem um die Kommunalpolitik, also um Themen, die die Menschen, ihr unmittelbares Lebensumfeld ganz direkt betreffen.Die Kommunalwahlen, ihre Ergebnisse werden ein Gradmesser dafür sein, was wir in der Kommunalpolitik, in den Kommunalparlamenten, im Kreistag in dieser Legislaturperiode geschafft oder eben nicht geschafft haben. Deswegen sollten wir noch einiges tun, um unsere Ergebnisse publik zu machen bzw. Projekte für die nächsten etwa 1,5 Jahre finden, die den Nerv der Menschen treffen.

Ebenso kompliziert wird sich der gesamte Prozess des Findens von geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten für die verschiedenen kommunalen Ebenen gestalten. Die Zahl der Kommunalparlamente, in denen wir vertreten sind, ist immer weiter zurückgegangen. Und schaut man sich die altersmäßige Zusammensetzung unserer kommunalen Abgeordneten an, dann wird deutlich, dass ein großer Teil jener Generation wahrscheinlich ausscheiden wird, der über große kommunalpolitische Erfahrungen verfügt. Schon jetzt sollten wir uns um den kommunalpolitischen Nachwuchs kümmern, auch um ein gesundes Verhältnis von Erfahrenen und Neuen.

Ich glaube, die hier aufgeworfenen Probleme zeigen, die bevorstehenden Kommunalwahlen werden um einiges komplizierter, als die vergangene Bundestagswahl. Ich finde aber, davor brauch uns nicht bange zu werden. Mit den gemachten Erfahrungen bei der Bundestagswahl, dem gefundenen Arbeitsstil, wird der Kreisverband auch diese neuen Herausforderungen meistern. Uns viel Erfolg

Finanzminister André Schröder muss sich entschuldigen - Frage nach Handlungsfähigkeit der Regierung stellt sich zunehmend

Zur öffentlichen Debatte um die Dienstreise von Finanzminister André Schröder und seiner Büroleiterin nach New York erklären die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Eva von Angern und der parlamentarische Geschäftsführer Stefan Gebhardt:

»Nicht alles, was legal ist, ist auch legitim. Dass Finanzminister André Schröder und seine Büroleiterin die deutlich teurere Business-Class auf ihrer Dienstreise nutzen, beweist wenig Augenmaß und ist gerade für einen Finanzminister ein schwer vermittelbares Verhalten. Dafür muss sich André Schröder öffentlich entschuldigen. Ihm ist zudem zu empfehlen, den Differenzbetrag zwischen der angemessenen Economy-Class und der in Anspruch genommenen Business-Class als symbolischen Akt an die Landeskasse zu überweisen.

Die Fraktion DIE LINKE hat sich entschlossen, Finanzminister André Schröder in ihre Fraktionssitzung am 21. November einzuladen. Er hat den Termin bereits zugesagt und steht für Fragen unserer Abgeordneten zur Verfügung.

Darüber hinaus fordert die Fraktion DIE LINKE nachvollziehbare, strenge und hinsichtlich der Ansprüche auf Dienstreisen bescheidene Regelungen für die gesamte Landesregierung und ihren Mitarbeiter*innenstab. Gleiches gilt für Fortbildungen, für die durchaus landeseigene Institute mit einem breiten Angebot zur Verfügung stehen.

Vor allem wirft der gesamte Vorgang aber einen weiteren Schatten sowohl auf den Zustand der CDU-Fraktion als auch auf den der Regierungskoalition. Mit einem Bildungsminister, der die Probleme des Lehrer*innenmangels nicht bewältigt bekommt, einer Justizministerin, die es mit der richterlichen Unabhängigkeit nicht so genau nimmt und einem Ministerpräsidenten, der mit Viktor Orbán durch Wittenberg flaniert, gibt nun auch Finanzminister André Schröder ein ungutes Bild in der Öffentlichkeit ab. Die Frage, ob und wie lange diese Landesregierung überhaupt noch handlungsfähig ist, stellt sich zunehmend stärker.«

Der große KiFöG-Bluff

In der Landtagssitzung am 26. Oktober hat die Landesregierung ihren heftig umkämpften Gesetzentwurf für eine Teilnovellierung des Kinderfördergesetzes (KiFöG) vorgelegt. Unter Beibehaltung der alten und inzwischen auch vom Landesrechnungshof als untauglich kritisierten Finanzierungsregelungen sollen lediglich kosmetische Korrekturen an der Höhe der Finanzzuweisungen an die Gemeinden vorgenommen und zumindest einige Forderungen aus dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes erfüllt werden. Dazu erklärt die kinder-und familienpolitische Sprecherin der Fraktion, Monika Hohmann:

Nach der Vorlage des Regierungsentwurfs für eine Teilnovelle des Kinderfördergesetzes ist jetzt die Katze aus dem Sack. Die Ankündigungen der Landesregierung, den Gemeinden im Zuge dieser Teilnovelle weitere 35 Millionen Euro zukommen zu lassen, um die Haushalte der Gemeinden zu entlasten und eine Senkung der Elternbeiträge zu ermöglichen, erweist sich als ein großer Bluff.

Denn mit der Erhöhung der Zuweisungen durch die Kindpauschalen in § 12 des KiFöG um ca. 34 Millionen Euro und der höheren Ausfallentschädigung für die Mehrkinderregelung (zusätzlich 1 Million Euro) wurden gleichzeitig die für 2018 bereits beschlossenen Sonderzuweisungen an die Gemeinden in Höhe von 23 Millionen Euro weggelassen. Diese Millionen stammen aus dem von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten ehemaligen Betreuungsgeld und waren 2018 noch um ca. 2,5 Millionen Euro höher als 2017.

Unter dem Strich werden die Gemeinden im kommenden Jahr also tatsächlich lediglich 14,5 Millionen Euro mehr an Zuweisungen erhalten, als 2017. Davon sind 1 Million nur die Ausfallentschädigung für nicht erhoben Beitragsanteile bei mehreren Kindern und ca. 7,5 Millionen sind eingerechnet für die erwartete Tariferhöhung aus der Tarifrunde 2018. Den Gemeinden verbleibt also für eine Reduzierung ihrer Defizite in den Gemeindeshaushalten oder für Beitragssenkungen für die Eltern lediglich ein Spielraum im Umfang von ca. 6 Millionen Euro. Das sind bei ca. 145.000 Kindern gerade einmal 3,35 Euro pro Kind im Monat oder 40 Euro im Jahr.

Zwischen den Zuweisungen für die beiden großen Bereiche gibt es dabei gravierende Verschiebungen. Während es für die größere Zahl der Kindergartenkinder einen deutlichen Aufschlag von etwa 23 Euro im Monat geben soll, werden die Platzpauschalen für die Krippenkinder, die durch das Betreuungsgeld aufgestockt waren, jetzt wieder zurückgefahren und liegen dadurch um fast 28 Euro im Monat niedriger, als 2017. Diese Erkenntnis wird in vielen Gemeinden für ein böses Erwachen sorgen, denn sie hatten nach den Ankündigungen der Landesregierung etwas anderes erwartet.

Die zusätzlichen Belastungen im Landeshaushalt betragen ebenfalls nicht die in der Gesetzesbegründung angegeben 30,5 Millionen Euro. Denn abzüglich der 23 Millionen Euro aus dem Betreuungsgeld 2018, das ja im Haushalt bereits verplant war und auch eingenommen wird, verbleibt es bei einem realen Aufwuchs von 7,5 Millionen Euro, was genau der erwarteten Kostensteigerung aus der Tarifanpassung der Vergütung der Beschäftigten entspricht. Dies ist nun wirklich keine große Leistung der Landesregierung für die angeblich in einem zähen Ringen aus allen Ressorts Geld eingesammelt werden musste. Bei der prall gefüllten Kasse des Finanzministers war die Erledigung dieser Hausaufgabe ohne besonderes Aufsehen und ohne die Solidaropfer der anderen Ministerien möglich.

Termine:

DIE LINKE.

Tag	Datum	Beschreibung	Uhrzeit	Ort
Do	07.12.	Kreisvorstand	18.00 Uhr	Naumburg, Marienstraße 11
Sa	09.12.	Offene Mitgliederversammlung BO Unstruttal-Finne	14.00 Uhr	Freyburg, Hotel Neuenburg, Wasserstraße
Di	12.12	Sitzung Fraktion DIE LINKE Stadtrat Weißenfels	17.00 Uhr	Weißenfels, Töpferdamm 6
Di	12.12	Sitzung BO-Vorstand Naumburg	19.00 Uhr	Naumburg, Marienstraße 11
Di	12.12	Stammtisch DIE LINKE Naumburg	20.00 Uhr	Naumburg, Klimkes Kneipe
		VORSCHAU		
Do	11.01	Kreisvorstand	18.00 Uhr	Zeitz, Neumarkt 12

Wir gratulieren recht herzlich allen Jubilaren,

<u>die im Dezember</u> ihren Ehrentag feiern.

Wir wünschen Euch alles Gute, eine schöne Feier im Kreise der Familie, der Freunde und Bekannten. Für die Zukunft wünschen wir viel Gesundheit und Schaffenskraft.

Der Kreisverband DIE LINKE. im Burgenlandkreis und die Redaktion des S-U-E-Kurier

<u>Zur Beachtung!</u> Die Entnahme, weitere Verwendung bzw. Nutzung von Artikeln aus dieser Mitgliederzeitung bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Genehmigung der Redaktion, des Autors oder der Kreisvorsitzenden.